

An
Bezirksamt Hamburg-Nord
z.Hd. Herrn Rösler

per email

Hamburg, 15. März 2016

Gesprächsangebot der Bürgerinitiative Eppendorf/ Lokstedt - Integration statt Großsiedlung

Sehr geehrter Herr Rösler,

haben Sie Dank für Ihr Antwortschreiben und Gesprächsangebot für den 22.03., welches wir von Seiten der Bürgerinitiative grundsätzlich gerne wahrnehmen wollen. Leider haben Sie unserer Bitte, das Baugenehmigungsverfahren bis auf weiteres zu stoppen, nicht entsprochen. In der Zwischenzeit haben wir gehört, dass das Bauvorhaben für den 1. Bauabschnitt abschließend möglicherweise am 21.03.2016 in nicht-öffentlichen der Sitzung des Regionalausschusses vorgestellt werden soll? Können Sie uns mitteilen, ob das zutrifft, bzw. wann Sie planen, die politischen Gremien zu beteiligen?

Wir möchten auch ausdrücklich betonen, dass es nicht nur den Anschein hat, dass wir als Bürgerinitiative Ihr Vorhaben für eine Form konzeptloser Integrations- und Baupolitik halten, sondern dass es tatsächlich auch so ist. Aus unserer Sicht, und Ihre bisherigen Antworten auf unsere Fragen (ob schriftlich oder in der Hauptkirche St. Nikolai) bestärken dies, handelt es sich bei dem Bau- und Integrationsvorhaben in der Osterfeldstraße um ein außerordentlich fragwürdiges und riskantes Vorhaben - für den Bezirk, den Stadtteil, die Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt auch für die Flüchtlinge selbst.

Die **baurechtliche Grundlage** ist sehr fragwürdig und das Bundesgesetz wurde in seiner Interpretation extrem gedehnt und weit ausgelegt. Es soll für ein Bauvorhaben genutzt werden, für das dieses Gesetz nicht konzipiert und niemals vorgesehen war. Das bestätigen uns auch unsere Anfragen an das entsprechende Bundesministerium. Sie wissen, dass Ihre Chancen in einem Klageverfahren der Gewerbetreibenden zu verlieren mittlerweile sehr hoch sind. Insbesondere, nachdem das Hamburgische Verwaltungsgericht den Bau der Flüchtlingsunterkünfte in Klein Borstel vorerst gestoppt hat. Auch dort hat Ihre Interpretation des § 246 BauGB Anwendung für die erteilte Baugenehmigung gefunden. Schlussendlich wurde diese nun von dem besagten Gericht als voraussichtlich „rechtsfehlerhaft“ eingestuft. Hierzu heißt es in der Urteilsbegründung: „Die erteilte Baugenehmigung weiche von der im Bebauungsplan festgelegten Nutzungsbestimmung ab. Diese Abweichung könne nicht auf die im Oktober 2015 im Rahmen des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes geschaffene Vorschrift des § 246 Abs. 14 BauGB gestützt werden. Diese bundesrechtliche Vorschrift ermächtige von bauplanungsrechtlichen Regelungen abzuweichen, soweit dringend benötigte Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge oder Asylbegehrende im „Gebiet

der Gemeinde“ nicht oder nicht rechtzeitig bereitgestellt werden könnten. (...) Voraussetzung für die Erteilung der sehr weitreichenden Abweichungsentscheidung sei, dass im gesamten Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg auch unter Nutzung insbesondere der weiteren im Rahmen des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes geschaffenen Ausnahmemöglichkeiten (nach § 246 Abs. 8 bis 13 BauGB) der dringende Unterbringungsbedarf für Flüchtlinge nicht gedeckt werden könne. Vorliegend sei nicht feststellbar, dass hamburgweit auch unter Ausnutzung insbesondere der Ausnahmemöglichkeiten nach § 246 Abs. 8 bis 13 BauGB die Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden erschöpft seien.“

Die von Ihnen gewünschte Baugenehmigung könnte ebensolches Schicksal ereilen. Wie geht es dann weiter? Wer zahlt Herrn Maaß dann die Planungsaufwände und die vielleicht schon begonnenen Baumaßnahmen, die er bis dahin schon investiert hat? Doch viel schwerwiegender ist der damit entstehende politische Schaden: Wo wollen Sie die für die Osterfeldstraße geplanten Flüchtlinge (50% aller vom Bezirk unterzubringenden Flüchtlinge) dann unterbringen? Planen Sie Alternativen? Können Sie noch Alternativen prüfen, nachdem Sie nach Ihren Worten schon alle Alternativen geprüft und verworfen haben? Ohne dass Sie eine von Ihren Prüfungen öffentlich gemacht haben, noch irgendein Grundstück benannt hätten, welches Sie geprüft hätten.

Und selbst wenn man Ihre fragwürdige Planungsgrundlage §246 BauGB außer Acht ließe? Warum gibt es kein öffentlich einsehbares Bodengutachten, wo doch der begründete (und in dem von Ihrem Bezirk verfassten Bebauungsplan Eppendorf 7 ausführlich beschriebene) Verdacht einer Kontamination aufgrund einer ehemaligen Mülldeponie besteht? Wie begründen und legitimieren Sie zudem sieben Stockwerke, wo doch die umgebende Bebauung nur über zwei bis fünf Stockwerke verfügt? Wie niedrig müssen die Decken denn sein, damit sieben Stockwerke dieselbe Höhe wie die gegenüberliegenden fünf Stockwerke erreichen - wie der Architekt in der Hauptkirche St. Nikolai behauptete. Und ist diese Form der engen Bebauung gut für konfliktminderndes Wohnen von Flüchtlingen, die ohnehin auf sehr engem Raum ein gutes Auskommen suchen müssen? Oder ist das nur gut für den Investor, der nach spätestens 15 Jahren noch mehr Wohnungen zu normalen Eppendorfer Preisen verkaufen kann? Für wen ergibt sich hier die von Ihnen beschriebene Win-Win-Situation? Wie erklären Sie uns Bürgerinnen und Bürgern, dass Sie bereits seit zwei Jahren - also lange vor der aktuellen Flüchtlingskrise - zusammen mit Herrn Maaß eine Lösung für die Wohnbebauung innerhalb des Gewerbegebietes suchen - wie Sie und Herr Maaß unabhängig voneinander in Interviews in der Welt bestätigt haben. Auch Ihnen dürfte bewusst sein, dass dies bei vielen Bürgerinnen und Bürgern ein merkwürdiges Gefühl hinterlässt, welches Sie aus unserer Sicht ausräumen müssten! Erklären Sie uns also bitte diese Zusammenhänge.

Auch die **integrationspolitische Grundlage** ist mehr als fragwürdig. Wie Ihnen sicherlich auch nicht entgangen sein dürfte, stimmt das Bauvorhaben nicht mit dem von der Architektenkammer aufgestellten 10-Punkte-Programm für eine nachhaltige Integration überein. Völlig unabhängig davon, was in dem von Ihnen erwähnten Workshop von wem auch immer und mit welcher Legitimation auch immer zu der Osterfeldstraße für uns nicht nachvollziehbar gesagt worden ist.

Diese geplante Großsiedlung widerspricht - wie im Übrigen alle in Hamburg geplanten Großsiedlungen - den geballten Expertenmeinungen der Bertelsmann-Stiftung, der Robert-Bosch-Stiftung und einer sicherlich völlig unverdächtigen Organisation wie ProAsyl. Alle aufgeführten Organisation sprechen sich für kleinere Unterbringungsformen aus, die eine schnelle Durchmischung und Integration über nachbarschaftliche Kontakte ermöglichen, in der soziale Kontrolle selbstorganisierte, sozialsystemische Ordnung bewirkt und nachbarschaftliche und soziale Unterstützung den regionalen Einbezug in die Gesellschaft und das Arbeitsleben ermöglichen. Alles, was über der Größenordnung von 250 Einwohnern liege, sei demnach abzulehnen. Ihre Planung geht von mehr als 10 mal so viel Bewohnerinnen und Bewohnern in der von Ihnen geplanten Großsiedlung aus! Da Ihnen diese Studien offensichtlich nicht bekannt sind, haben wir Sie unserem Schreiben beigefügt. Mit welchen Gründen können Sie sich über diese Expertenmeinungen hinwegsetzen, die aus historischer Erfahrung und internationalem Vergleich gewonnen wurden? Bisher haben wir dazu noch kein einziges stichhaltiges Argument von Ihnen gehört.

Ihre Planungen widersprechen auch sämtlichen Erfahrungen, die Hamburg bisher mit großen Flüchtlingsunterkünften gemacht hat - sei es in dieser Flüchtlingskrise oder den vorangegangenen Flüchtlingskrisen (Afghanistankrieg, Balkankrieg etc.), die Hamburg allesamt mit kleineren Flüchtlingsunterkünften mehr oder weniger gut gemeistert hat. Und es widerspricht auch allen Erfahrungen, die Hamburg mit Großsiedlungen sozialen Wohnungsbaus gemacht hat - keine hat sich gemäß der ursprünglichen Planung so durchmischt, wie man sich das behördenseitig ursprünglich erhofft hatte - oder wie es geplant wurde. Vielmehr sind genau die sozialen Brennpunkte entstanden, die niemand gewollt hat. Nicht eine Antwort aus Ihrem Planungsstab konnte diese Erfahrungen und die damit empirisch begründeten Sorgen widerlegen.

Nicht zuletzt ist Ihre **Planungsgrundlage** für die Bewältigung eines Zuzugs von Flüchtlingen in dieser Größenordnung von unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion in einem der kleinsten und dichtbesiedeltesten Stadtteile Ihres Bezirkes fragwürdig bzw. nach dem, was Sie bisher an Informationen herausgegeben haben, kaum vorhanden.

Sind Sie ernsthaft der Überzeugung, dass der von Ihnen avisierte runde Tisch und der ein oder andere Workshop mit den üblichen sozialen Akteuren die Perspektivlosigkeit von ca. 1600 Männern und 800 Frauen (wenn sich auch der Zuzug in die Osterfeldstraße gemäß BAMF-Statistik der erfassten Flüchtlinge gestalten wird) auffangen kann? „Die Integration vollzieht sich durch die Integration in die Regelsysteme“ - so Ihr Planungsstab auf der Informationsveranstaltung. Ist das wirklich so? Ändert sich die empfundene Perspektivlosigkeit (aufgrund sprachlicher, kultureller, arbeitspolitischer und gesellschaftlicher Barrieren) der Flüchtlinge dadurch, dass sich die rechtliche Anspruchsgrundlage der Wohnberechtigung ändert?

Kann ein Sozialarbeiter, wie kompetent und engagiert dieser auch immer sein mag, 80 Flüchtlinge integrieren – wie dies Ihr Betreuungsschlüssel vorsieht? Bei Amtsgängen helfen? Bei der Arbeitssuche? Bei der Suche nach einer sinnvollen Beschäftigung? Wohl kaum! Zumal diese Sozialarbeiter nicht allesamt zeitgleich in der Osterfeldstraße sein

werden, nach unserem Wissen viel administrative Tätigkeiten zu verrichten haben und so, nach den Berechnungen unserer Experten, jeder Flüchtling nicht mehr als zwei Minuten Zuwendung im Monat (!) durch den verantwortlichen Sozialarbeiter erhält. Ist das Ihr Verständnis einer nachhaltigen Integration? Und wenn die unmittelbare Bevölkerung die Integration ehrenamtlich unterstützen soll: Wie viele unmittelbare Anwohner wohnen denn in einem Umkreis von einem Kilometer um die geplante Siedlung? Nach hinten raus Gewerbegebiet, nach vorne raus das UKE? Viele kleinere Mehrfamilienhäuser? Haben Sie sich die Zahlen einmal geben lassen? Und in wie vielen der Haushalte stehen Personen mit Tagesfreizeit zur Verfügung, die die erforderliche Integrationsarbeit leisten könnten? Nach unserer Kenntnis müssen in einem Großteil der Anwohnerhaushalte beide Partner arbeiten, um die in Eppendorf üblichen Mieten zahlen zu können. Aber wer hat dann Zeit, an Ihren Workshops teilzunehmen? Oder ehrenamtlich Deutschkurse zu erteilen oder Flüchtlingen bei Amtsgängen zu helfen? Und wie motivieren Sie die Bevölkerung, wenn Sie diese gleichzeitig von Ihrem Planungsvorhaben ausschließen und die berechtigten Bedenken der Anwohner nicht ernst nehmen (was man nach der Form der Beantwortung der Fragen der Bevölkerung annehmen muss). Oder rechnen Sie bereits damit, dass die mit Ihren Bauten entstehende Situation selbst Motivation genug sein wird?

Auch wenn es fördern & wohnen AöR wirklich gelingen sollte, in der Osterfeldstraße vor allem Familien anzusiedeln (wofür es keine glaubwürdige Statistik oder Planungsgrundlage gibt): Wo gehen die Kinder in die Kita - wo zur Schule? Es ist wohl kaum integrationsförderlich, wenn die Flüchtlingskinder jeden Morgen in entlegene Stadtteile gefahren werden? Es ist wohl kaum förderlich für den sozialen Frieden, wenn Sie heimische Familien aus Eppendorf zwingen wollen, KITA- und Schulplätze für ihre Kinder in anderen Stadtteilen suchen zu müssen, wie das die BASFI und die BSB anscheinend derzeit planen - oder zumindest nicht ausschließen. Wie kann eine Antwort Ihrer Sozialdezernentin die Glaubwürdigkeit Ihrer Planung erhöhen, wenn wir als Bürger die Antwort erhalten, dass die Angabe der zuständigen Fachbehörde über nur einen freien KITA-Platz in Eppendorf allein deshalb nicht stimmig sei, weil sie regelmäßig mit ihrer Referentin spreche und die etwas anderes glaube?

Die oben genannten Probleme entstehen erst mit der von Ihnen geplanten Größenordnung! Auch kleinteiligere Lösungen haben Herausforderungen, sind jedoch deutlich besser zu bewältigen!

Lassen Sie uns noch ein paar Sätze zu ihrem uns sehr irritierenden letzten Absatz Ihrer Mail verlieren, indem Sie sich auf einen **Artikel von Lokstedt-online** beziehen: „Ich würde gern von Ihnen klargestellt haben, dass es sich hier nicht um eine Veröffentlichung Ihrer Initiative handelt.“

Rein sachlich geantwortet wird Ihnen wohl kaum entgangen sein, dass es sich bei dem Artikel um eine Mitteilung der Webseite lokstedt-online.de handelt. Würde der Artikel von uns stammen, hätten wir ihn sicherlich über unsere eigene Webseite veröffentlicht. Aber was uns irritiert ist vielmehr der Hintergrund Ihrer Frage – und warum Sie von uns eine Klarstellung verlangen. Was lesen Sie, wenn Sie den Artikel lesen?

Wir nehmen an, dass Sie als echter Demokrat auch ein Verfechter der Pressefreiheit sind. Dieser Artikel spiegelt wieder, wie ein - aus unserer Sicht und aus Sicht der Redaktion von Lokstedt-online - Großteil der Anwesenden Ihre Veranstaltung in der Hauptkirche St. Nikolai empfunden und wahrgenommen haben. Auch Ihnen kann dies während der Veranstaltung nicht entgangen sein. Können Sie das ignorieren? In diesem Sinne wäre es aus unserer Sicht für einen Demokraten besonders wichtig, das Beschriebene ernst zu nehmen und in Ihrem Amt zu reflektieren, was und warum Ihre Bürgerinnen und Bürger so empfinden, und welchen Anteil Sie als Behördenvertreter mit Ihrem Verwaltungshandeln daran haben.

Oder erwarten Sie ernsthaft im Vorfeld unseres Gespräches, dass wir uns von einem Artikel distanzieren, den wir nicht zu verantworten haben und der nicht mehr wiedergibt, als das Empfinden von vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich von dem Handeln Ihrer Verwaltung überrumpelt fühlen? Wir können uns nicht vorstellen, dass das die Intention Ihrer Frage ist - können uns aber auch nicht wirklich einen Reim darauf machen, warum Sie die Bitte der Klarstellung geäußert haben. Vielleicht können Sie uns das erklären? Was bezwecken Sie mit der Forderung „nach einer Klarstellung“?

Wir möchten unsererseits klarstellen, dass es uns primär um die Frage geht, wie eine nachhaltige und gute Integration in Eppendorf und allen Stadtteilen des Bezirkes Hamburg Nord mit kleinteiligeren Lösungen funktionieren kann! Unsere klare und eindeutige Meinung ist aber ebenso, dass diese gute und nachhaltige Integration mit Ihrem Bauvorhaben in der Osterfeldstraße nicht gelingen wird! Diese Großsiedlung birgt aller Erfahrung und Expertenmeinung nach, die unabweisbare Gefahr einer Ghettoisierung und die derzeit noch nicht absehbaren Risiken einer misslungenen Integration, die sie damit in einem lebenswerten Stadtteil aufbürden.

Wir würden das Gespräch mit Ihnen gerne nutzen, um Ihnen gegenüber unsere Argumente zu verdeutlichen und in einen Dialog einzutreten, wie eine gute und nachhaltige Integration in unserem Stadtteil mit kleineren und weniger umstrittenen Lösungen aus unserer Sicht möglich ist. Wir sehen durchaus die Herausforderung, der die Stadt und die gesamte Bevölkerung Hamburgs gegenübersteht. Diese ist mit keinem Argument wegzudiskutieren - das wollen wir an dieser Stelle auch einmal klar äußern. Aber man kann über die Wege und Lösungen diskutieren, wie man diese Herausforderungen am besten bewältigen kann. In diesem Sinne würden wir den von Ihnen avisierten Termin nutzen, um gemeinsam - im positiven demokratischen Sinne - über Alternativen und Lösungsformen zu streiten. Und dass, bevor Bürgerbegehren oder Volksentscheid die freie Diskussion immer mehr einschränken werden - und Ihnen zudem noch Probleme aus der Tatsache erwachsen, dass in der Osterfeldstraße Gebäude stehen, die weder Sie noch der Investor für Ihre Planbestimmung nutzen kann.

Unsere Einstellung zu Ihrem Vorhaben in der Osterfeldstraße steht fest.

Wenn Sie aber Interesse daran haben, die Meinung eines großen Teils der Eppendorfer Bevölkerung zu hören und über Wege und Alternativen einer nachhaltigen Flüchtlingsintegration - im besten demokratischen Sinne - zu streiten, dann freuen wir uns auf den von Ihnen vorgeschlagenen Termin.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass am 21.03.2016 nicht schon Fakten durch eine Erteilung einer Baugenehmigung geschaffen wurden.

In diesem Sinne möchten wir Sie nochmals auffordern, das Genehmigungsverfahren für die Osterfeldstraße zu stoppen, um sich aktiv mit den Fragen, Bedenken und Alternativen eines großen Teils der Bevölkerung auseinanderzusetzen, die Sie als politischer Beamter vertreten dürfen.

Die genaue Zusammensetzung unserer Gruppe würden wir Ihnen kurzfristig bekannt geben - in der Zahl würden wir uns an Ihrer Gruppengröße orientieren.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Stellermann
Sprecher der Bürgerinitiative

Christine Dorow
Stellvertretender Sprecherin der Bürgerinitiative

Michael Janssen
Stellvertretender Sprecher der Bürgerinitiative

Eppendorf/ Lokstedt: Integration statt Großsiedlung